AKTIONSTAG
29. APRIL

Die Arizona-Regierung friert Ihren Lohn ein, während die Unternehmen enorme Gewinne erzielen!

Die Arizona-Regierung hat beschlossen, dass das Lohnnormgesetz in Kraft bleibt. Das bedeutet, dass sich Ihr Bruttolohn nicht erhöhen darf. Das Lohnnormgesetz ist der brutalste Überfall auf Arbeitnehmer aller Zeiten!

Verzerrter Vergleich

Das Lohnnormgesetz schreibt vor, dass die Löhne in Belgien nicht schneller steigen dürfen als in den Nachbarländern. Aber der Ländervergleich ist verzerrt. Die Tatsache, dass die Produktivität der belgischen Arbeitnehmer höher ist als in den Nachbarländern, wird unter den Teppich gekehrt. Auch die umfangreichen Lohnzuschüsse und Steuerermäßigungen, die Unternehmen erhalten, werden nicht berücksichtigt. Wenn wir all diese Lohnsubventionen einbeziehen, haben wir eine Lohnmarge von 2,4 %!

Riesengewinne

Die Tatsache, dass die Bruttolöhne nicht steigen dürfen, besorgt den belgischen Unternehmen Riesengewinne. Die Netto-Rentabilität im Jahr 2023 betrug 9,1 %. Diese Gewinne gehen an die Aktionäre. Die Arbeitnehmer, die hart arbeiten, um diese Gewinne zu erwirtschaften, sehen keinen Cent davon.

Ein Geschenk von 1,5 Milliarden für Unternehmen

Gleichzeitig wird die Arizona-Regierung den Unternehmen zusätzliche Beitragssenkungen in Höhe von 1,5 Milliarden Euro gewähren. Dann gibt es plötzlich kein Budgetproblem mehr.

Und wie werden wir morgen die Gesundheits- und Altersversorgung finanzieren?

Das Einfrieren der Bruttolöhne geht zu Lasten der Finanzierung der sozialen Sicherheit und des Gesundheitswesens. Und das bei einer alternden Bevölkerung. Aus diesem Grund möchte Arizona bei Ihrer Rente und bei der Gesundheitsversorgung sparen. Und so werden Sie ein zweites Mal bestraft.

Die CSC fordert, dass in den Sektoren freie Lohnverhandlungen geführt werden.

Sektorale Lohnabkommen können von der wirtschaftlichen Situation in den einzelnen Sektoren ausgehen. Wo es gut läuft, sollen auch die Arbeitnehmer ihren gerechten Anteil bekommen!

AKTIONSTAG 29. APRIL

Mehr
Arbeit, mehr
Flexibilität...
für weniger
Rechte!

Die Arizona-Regierung behauptet, höhere Löhne wären nicht möglich, aber die Unternehmen fahren Riesengewinne ein. Gleichzeitig will die Regierung, dass Sie härter, länger und flexibler arbeiten. Abkommen mit der Gewerkschaft seien angeblich nicht mehr notwendig. Das bedeutet, dass Unternehmen ihre Arbeitnehmer für diese erhöhte Flexibilität nicht mehr entschädigen müssen. Wie sieht es mit den Auswirkungen auf Ihre Gesundheit aus? Und wie lässt sich das mit der Familie vereinbaren? Die Botschaft ist klar: Arbeite und sei still!

Arbeitszeitregeln werden schrittweise abgebaut.

Sie werden keine Gewissheit mehr über Ihre Arbeitszeit oder Ihr Arbeitsvolumen haben. Ihr Vertrag muss nicht mehr mindestens 1/3 einer Vollzeitbeschäftigung vorsehen, es könnte also genauso gut eine Stunde pro Woche sein. Überdies wird die Arbeitszeit über ein ganzes Jahr festgelegt, mit Höhen und Tiefen. Dabei handelt es sich um die sogenannte „Jahresarbeitszeit“.

Nacharbeitsverbot und Schließungszeiten werden abgeschafft, die Regelung über die Öffnungszeiten wird gesprengt.

Auf diese Weise verschwinden die wenigen Ruhezeiten, die uns geblieben sind. Und die Vereinbarkeit mit dem Familienleben gerät noch mehr unter Druck.

Die CSC fordert, dass Arbeitszeiten, Nacht- und Sonntagsarbeit sowie Überstunden Gegenstand von Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern sind.

Die Regierung sollte sich da raushalten. Die CSC will, dass diesbezüglich in den KAA klare und gute Vereinbarungen getroffen werden. Damit dies nicht auf Kosten Ihrer Familie oder Gesundheit geht. Und damit diejenigen, die in flexiblen Systemen arbeiten, auch dafür entschädigt werden! Jede Arbeit verdient ihren Lohn.

Die CSC fordert auch, dass die Arbeitnehmer mehr Zeit für sich und ihre Familien haben.

Zu diesem Zweck wünschen wir uns mindestens 5 Wochen gesetzlichen Urlaub für alle, bessere Urlaubs- und Zeitkreditsysteme für alle, mit weniger Bedingungen und besserer Vergütung.

Die Nacharbeit im Vertrieb und in anderen Sektoren wird erst ab Mitternacht statt ab 20 Uhr beginnen.

Damit verlieren neue Mitarbeiter einen Teil der Nachtprämie.

Überstunden werden noch mehr gefördert und billiger gemacht.

Die Regierung schlägt ein allgemeines System von 180 Stunden pro Jahr vor, mit schwach besteuerten Überstunden und einer Ausweitung der freiwilligen Überstunden auf 360 Stunden pro Jahr, im Gastgewerbe sogar auf 450! Das ebnet den Weg zu einer Arbeitswoche von 49 bis 52 Stunden.